

# Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum

Antrag M1\_18/1

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:  
4

## 5 **M1\_18/1 Vorwärts und nicht vergessen, worin** 6 **unsere Stärke besteht: Mehr Solidarität auf** 7 **dem studentischen Wohnungsmarkt!**

8 Besonders zu Beginn des neuen Semesters wird das Problem des Mangels an studentischem  
9 Wohnraums wieder besonders virulent. Viele der neuen Studierenden finden entweder keine  
10 Wohnung und schlagen sich deshalb erst einmal die Nächte zu Beginn ihres Studiums auf der  
11 Couch von Freund\*innen um die Ohren; sind dazu genötigt, Mietpreise zu bezahlen, die fast das  
12 gesamte monatlich zur Verfügung stehende Budget in Anspruch nehmen oder pendeln gar  
13 zwischen Studienort und Elternhaus.

14 Dabei ist Wohnraum Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe - die eigene Wohnung ist  
15 Rückzugs-, Erholungs- und für Studierende insbesondere auch Lernort!

### 16 17 **Die aktuelle Situation**

18 Bezahlbarer, studentischer Wohnraum ist Grundvoraussetzung, um gut studieren zu können! Der  
19 Wohnraum für Studierende ist jedoch im Laufe der Zeit immer teurer geworden. Probleme mit  
20 studentischem Wohnraum gibt es zu Genüge - die Stichwörter, die Mensch im Zusammenhang  
21 mit dieser Thematik hört, sind: die Wohnpauschale des BAföG, die mit 250 € bei weitem nicht  
22 dem Durchschnitt der Mietpreise an Hochschul- und Universitätsstandorten entspricht, die für den  
23 Großteil an Wohnungen und Zimmern verlangt werden; gravierende Unterschiede zwischen  
24 öffentlichen und privaten Wohnheimen und deren spezifische Probleme wie desolate  
25 Wohnzustände einerseits und völlig übertriebene Mieten andererseits; Rassismus auf dem  
26 Wohnungsmarkt und schließlich auch das Auspielen bzw. die Verdrängung von Gruppen aufgrund  
27 ihrer (sozialen) Herkunft, zugunsten von Profitinteressen.

### 28 29 **Rein in die (Vor-) Stadt oder Hoffen auf den Wohnheimplatz?**

30 Städte - insbesondere solche, in denen Hochschulen und Universitäten ansässig sind - wachsen.  
31 Einen enormen Anteil der Menschen, die es dorthin zieht, machen Studierende aus. Dennoch  
32 kommt es häufig vor, dass für das Studium am Wunschstandort weite Strecken zur Hochschule in  
33 Kauf genommen werden. Grund dafür ist, dass es in unmittelbarer Hochschul- bzw. Campusnähe  
34 nicht immer ausreichende Wohnmöglichkeiten gibt - und wenn diese existieren, dann sind die  
35 Mietpreise - bis auf die der Wohnheime - oftmals nicht mit dem zur Verfügung stehenden Geld  
36 bezahlbar. Die Konsequenz daraus ist dann, dass entweder weite Fahrwege mit einem  
37 größtenteils ausbaufähigen öffentlichen Nahverkehr in Kauf genommen werden müssen oder  
38 neben einem Vollzeitstudium gearbeitet werden muss, um die hohen Mieten bezahlen zu können.  
39

40 Bewirbt sich Mensch dann beispielsweise auf einen öffentlich geförderten Wohnheimplatz, der  
41 mit einem durchschnittlichen Zimmerpreis von 240 € gerade so durch die BAföG-Wohnpauschale  
42 gedeckt werden kann, gehört viel Glück dazu, einen solchen Platz tatsächlich zu bekommen.  
43 Wohnheimplätze sind begehrt und deshalb rar. Über 2,85 Millionen Studierenden in Deutschland

44 stehen nur ca. 201.000 Wohnheimplätze der Studentenwerke [sic!] zu Verfügung. Das entspricht  
45 einer Unterbringungsquote von ungefähr 9,1 Prozent. Im Vergleich: 2011 lag die Quote noch noch  
46 bei 11,24 Prozent. Die Senkung der Unterbringungsquote ist dem Fakt geschuldet, dass immer  
47 mehr Menschen ein Studium beginnen. Das eigentliche Problem ist allerdings nicht, dass die Zahl  
48 der Student\*innen zugenommen hat, sondern, dass die Kommunen und Städte durch die  
49 „Schwarze Null“-Politik in Finanznot sind. Nur durch die Intensivierung der Unterstützung durch  
50 den Bund kann der Wohnraumnot effektiv entgegengewirkt werden.

51

52 **„Wenigstens hast du 'ne Wohnung gefunden!“**

53 Studierende stoßen bei den Mietpreisen für ihre Wohnungen nicht nur an ihre finanziellen  
54 Grenzen. Gerade den psychologischen und sozialen Folgen, die die Wohnungssituation von  
55 Studierenden in vielen Städten mit sich bringt, wird in den statistischen Erhebungen zum  
56 studentischen Wohnraum kaum bis gar nicht Rechnung getragen. Beispielhaft seien hier nur der  
57 Versuch mit Freund\*innen eine WG zu gründen, das Finden einer neuen Wohnung in der gleichen  
58 Stadt oder zum Teil gravierende Mängel in der eigenen Wohnung genannt.

59

60 Insbesondere die Auseinandersetzung mit mietrechtlichen Aspekten und uneinsichtigen  
61 Vermieter\*innen ist kräftezehrend, zum Teil sehr kostspielig und geht an die physische Substanz.  
62 Außerdem treten diese Probleme für viele Studierende neben das Studium, aber immer öfter  
63 auch neben Erwerbsarbeit, ehrenamtlichem Engagement, Care\*arbeit oder auch zur eigenen  
64 Freizeit. Resultat sind Stresssituationen und psychischer Druck! Generell führt der angespannte  
65 Wohnungsmarkt und die explodierenden Mietpreise dazu, dass Studierende mit wenig Geld sich  
66 erst gar nicht mehr in Städten wie Berlin, München oder Frankfurt bewerben, in der Erwartung  
67 sich keine Wohnung leisten zu können. Dieser Zustand der sozialen Selektion nach  
68 Studienstandort muss entgegengewirkt werden.

69

70 **Spekulation ist Mist - Solidarität!**

71 Mittlerweile wurde jedoch auch in einigen Städten auf die Wohnungssituation reagiert und neuer  
72 Wohnraum geschaffen. Im Mittelpunkt steht dabei aber oft nicht die Sozialverträglichkeit.  
73 Vielmehr kommt es dazu, dass benachteiligte Gruppen gerade keine Möglichkeit haben, den neu  
74 entstandenen Wohnraum zu nutzen, da vor allem die finanziellen Interessen der Vermieter\*innen  
75 das Interesse an einer sozial vielseitigen Hausgemeinschaft überwiegen. So kommt hier die  
76 kapitalistische Verwertungslogik und struktureller Rassismus, die immer öfter auf dem  
77 Wohnungsmarkt anzutreffen ist, zum Tragen und führt dazu, dass benachteiligte Statusgruppen  
78 gegeneinander ausgespielt werden. Diese „Wer am meisten zahlt, gewinnt“-Mentalität gepaart  
79 mit strukturellem Rassismus führt im Ergebnis zur Verdrängung von nicht wohlhabenden  
80 Menschen und als „nicht-deutsch“ angesehene Menschen in die Außenbezirke oder gar in die  
81 Peripherie.

82

83 Wohnen muss Grundrecht für alle sein. Der Wohnraum für Menschen mit körperlicher,  
84 psychischer oder geistiger Beeinträchtigung wird den ganz spezifischen Bedürfnissen häufig nicht  
85 gerecht; Die Auswahl auf dem Wohnungsmarkt ist für diese Menschen daher schon von  
86 vorneherein begrenzt, da zu wenige Wohnungen inklusiv und barrierefrei konzipiert sind. Dass  
87 neben dieser begrenzten Auswahl noch eine niedrigere Chance besteht, eine Wohnung vermietet  
88 zu bekommen, etwa weil Mensch aufgrund körperlicher Einschränkungen weniger oder schlechter  
89 bezahlter Arbeit nachkommen muss, ist eine nicht hinnehmbare Mehrfachdiskriminierung. Diese  
90 gilt es durch eine neue Sensibilität und Solidarität, sowohl bei der Vermietung bestehender  
91 Objekte als auch bei der Konzeption von Neubauten, zu überwinden.

92

93 In diesem Zusammenhang sei auch Rassismus auf dem Wohnungsmarkt aber auch in Wohnheimen  
94 genannt, der ein gravierendes Problem darstellt. Insbesondere Menschen mit Vor- bzw.

95 Nachnamen, welche vermeintlich klare Rückschlüsse auf ihre ethnische bzw. religiöse Herkunft  
96 zulassen, erfahren häufiger Absagen. Ebenso kann die Hautfarbe, die Religion und/oder die  
97 ethnische Herkunft zu Ausschlüssen auf dem Wohnungsmarkt führen. Damit es nicht zu  
98 unfreiwilliger Segregation von Teilen der Bevölkerung auf dem Wohnungsmarkt kommt, müssen  
99 Wohnraumakteur\*innen und Vermieter\*innen für ihr rassistisches Verhalten konsequenter zur  
100 Rechenschaft gezogen werden. Deswegen ist es auch notwendig, Wohnraumakteur\*innen und  
101 Vermieter\*innen auf diskriminierende Aussagen und/oder Handlungen hinzuweisen. Rassismus  
102 und Diskriminierung geht uns alle an. Dabei dürfen wir, das mahnte Brecht schon - wenn auch in  
103 anderem Kontext - an, nicht vergessen, dass unsere Stärke in der Solidarität besteht! **Unsere**  
104 **Forderungen:**

105

106 Insgesamt zeigt sich, dass die privatwirtschaftliche Organisation des Wohnraums nicht den  
107 Bedürfnissen wachsender Städte gerecht wird. Die Verteilungskämpfe um städtischen Wohnraum,  
108 intensivieren Armut und zersetzen die Gesellschaft in ihren Grundfesten. Insbesondere zeigen  
109 sich in diesen Verteilungskämpfen die strukturellen, rassistischen Tendenzen unserer  
110 Gesellschaft. Langfristig müssen wir daher Ansätze konkretisieren, Wohnraum gesellschaftlich zu  
111 organisieren.

112

113 Von progressiven Ansätzen kann in Bezug auf die Koalitionär\*innen jedoch keine Rede sein. Zwar  
114 heißt es in den zwei der insgesamt drei Stellen in den Koalitionsverträgen der SPD und der  
115 CDU/CSU aus den Jahren 2013 und 2018, die studentischen Wohnraum als solchen explizit  
116 adressieren:

117 *„Die Initiative zur Schaffung zusätzlichen studentischen Wohnraums setzen wir fort.“*

118 *„Die Schaffung studentischen Wohnraums, u.a. auch Wohnheimplätze, wollen wir*  
119 *fördern.“*

120 Ob allein dies dieses Mal zu mehr als nur einem Lippenbekenntnis genügt, wird sich noch zeigen.

121

122 Gerade im Zusammenhang mit dieser mehr als nur spärlichen Ausbeute aus den „Fahrplänen“ für  
123 insgesamt acht Jahre Regierungsarbeit, wird es Zeit unseren Forderungen betreffend  
124 studentischen Wohnraum erneut Nachdruck zu verleihen!

125

126 **Konkret fordern wir:**

127

- 128 • Wohnraum muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Das bedeutet,  
129 dass sowohl staatliche wie auch private Wohnraumsakteur\*innen und Vermieter\*innen in  
130 die Pflicht genommen werden müssen, Wohnraum lebenswert, aber auch nachhaltig zu  
131 gestalten. Der Bund richtet entsprechende Förderprogramme ein, um für Wohnungsgeber  
132 einen Anreiz zu schaffen, bestehende Wohnungen und Häuser, sofern dies überhaupt  
133 baulich möglich ist, barrierefrei zu gestalten
- 134 • Projekte, die das Wohnen solidarisch organisieren, sollen gefördert werden.  
135 Insbesondere alternative Wohnraumprojekte, wie beispielsweise selbstverwalteter  
136 studentischer Wohnraum, sollen explizit unterstützt und Wohnraumflächen hierzu zur  
137 Verfügung gestellt werden.
- 138 • Der Immobilien- und Wohnungsmarkt darf nicht weiterhin Schauplatz gesellschaftlicher  
139 Konflikte sein, in dem Profite einen höheren Stellenwert haben als die  
140 Sozialverträglichkeit!
- 141 • Die Nutzung von Leerständen und bracher Flächen, insbesondere solcher in Wohn- und  
142 Mischgebieten durch die Kommunen!
- 143 • Das Streikrecht für Mieter\*Innen muss gewährleistet werden!
- 144 • Sofern leerstehende Flächen genutzt werden, sollen Städte zu Wohn- und  
145 Stadtteilprojekten mit vorbildhaftem Charakter, die lediglich rechtliche Mängel in dem

- 146 Nutzungsrecht aufweisen, einen dulddenden Umgang finden, etwa indem betroffene  
147 Grundstücke durch Kommunen oder Länder aufgekauft werden.
- 148 • Wir brauchen Diversität in der Stadt! Keine Verdrängung benachteiligter und weniger  
149 wohlhabender Statusgruppen in den Außenbereich oder in die Peripherie!  
150 Wohnungsunternehmen dürfen ihre Verpflichtung zum sozialen Wohnungsbau nicht durch  
151 geographische Trennung von Luxus- und Sozialwohnungen umgehen, sondern müssen  
152 soziale und andere Wohnungen gemeinsam in Wohnhäusern einrichten. Durch die  
153 Kommunen sind entsprechende Erhaltungssatzungen zu prüfen und zu erlassen. Vom  
154 kommunalen Vorkaufsrecht, das sich daraus ergibt, ist Gebrauch zu machen.
  - 155 • Es braucht endlich eine gerechte BAföG-Reform! Dazu zählt auch die angemessene  
156 Erhöhung der Wohnpauschale, welche sich an den Realitäten auf dem Wohnungsmarkt  
157 orientiert. In einem zweiten Schritt fordern wir dann, dass sich die Mieten in  
158 studentischen Wohnheimen wieder stärker an der (dann neu geregelten) Wohnpauschale  
159 orientieren und diese nicht weiter überschreiten.
  - 160 • Kein wochenlanges Couchsurfing und schlaflosen Nächte in Wohnheimen mehr! Ein  
161 kostenloses Notfallprogramm in Form von Hostels und Jugendherbergen muss  
162 gewährleistet werden!
  - 163 • Verstärkte Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartner\*innen! Wir müssen mit unseren  
164 Bündnispartner\*innen gemeinsam das Thema „Studentischer Wohnraum“ auf die  
165 politische Tagesordnung setzen!
  - 166 • Schluss mit der Politik der „Schwarzen Null“ und dem Spardiktat für die Kommunen -  
167 Investitionen in studentischen Wohnungsbau und die Sanierung bestehender  
168 studentischer Wohnräume sind notwendig!
  - 169 • Initiativen zur Motivation und Unterstützung von studentischen Kandidat\*innen vor Ort.
  - 170 • Kreditfähigkeit für die Studierendenwerke und Stärkung dessen Stellung! Allein die  
171 Studierendenwerke richten sich bei der Berechnung des Mietpreises an den BAföG-Satz  
172 und gewährleisten so nachhaltigen Wohnraum mit studentischem Mitspracherecht.  
173 Andere Wohnraumakteur\*innen und Genossenschaften verweigern dies nachweislich.  
174 Deshalb hat der Aus- und Neubau von studentischem Wohnraum endlich auch mit den  
175 Studierendenwerken als Wohnraumakteur\*in zu geschehen. Dabei dürfen die Länder und  
176 Kommunen die Studierendenwerke nicht durch überzogene Grundstückspreise behindern,  
177 sondern sollen die Entwicklung studentischen Wohnraums in Campus-Nähe fördern.
  - 178 • Für Menschen mit Beeinträchtigungen muss der Wohnraum und seine Verteilung inklusiv  
179 gestaltet werden. Es müssen mehr Wohnungen gebaut werden, die allen Menschen  
180 gerecht werden; zudem muss in der Wohnungsfindung transparent sein, inwieweit  
181 Wohnungen auch für Menschen mit Beeinträchtigungen geeignet sind.  
182 Studierendenwohnheime müssen diesen Anforderungen im Besonderen gerecht werden.